



Medienmitteilung

Zürich, 27. Januar 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. Januar 2023

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Behandlung eines dringenden Postulats zur finanziellen Unterstützung des SAZ über eine Vorlage zum öffentlichen Beschaffungswesen mit mehreren Minderheitsanträgen diskutieren. Danach steht die weitgehend unbestrittene Abschreibung verschiedener Postulate an, bevor sich der Rat Vorstössen widmen wird, welche die Baudirektion betreffen.

Finanzielle Unterstützung für Schreiner Ausbildungszentrum gefordert

Das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), die Nachfolgeorganisation der kantonalen Lehrwerkstätten für Möbelschreiner Zürich, hat wegen der Ertragsausfälle aufgrund der Corona-Pandemie massive Liquiditätsprobleme. Um diese rasch zu beheben, fordert der EVP-Kantonsrat und Schreiner-Unternehmer Daniel Sommer mit Unterstützung von SP, Grünen und AL einen Unterstützungsbeitrag in der Höhe von 500'000 Franken ([KR-Nr. 478/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Da es sich um einen dringlichen Vorstoss handelt, wird das Postulat, anders als nicht dringliche Vorstösse, sofort materiell behandelt, sofern ein Ratsmitglied Antrag auf Ablehnung stellt.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), 079 223 61 62

Stärkung von Qualität und Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen

Bei öffentlichen Auftragsvergaben sollen nach dem Willen des Regierungsrates die Qualität und die Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden. Zudem soll das schweizweit harmonisierte öffentliche Beschaffungsrecht im Kanton Zürich eingeführt werden. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, der Vorlage für ein Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (BeiG IVöB) zuzustimmen ([5772](#)). Während die Kommissionsmehrheit den Regelungsinhalten der Vorlage zustimmt, fordern verschiedene Minderheiten Anpassungen. Eine Minderheit (GLP, Grüne) möchte den Geltungsbereich auf Beschaffungen administrativer Art von öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen ausweiten. Weitere Minderheiten fordern die Festsetzung zusätzlicher Beschaffungskriterien in Form von Kann-Bestimmungen. Eine erste dieser Minderheiten (SP, GLP, Grüne) beantragt die Berücksichtigung des Kriteriums «Transparenz in der Lieferkette», eine zweite (SVP, FDP) die Berücksichtigung des Kriteriums «Unterschiedliches Preisniveau, in den Ländern, in welchen eine Leistung erbracht wird» und die dritte (SVP, FDP) schliesslich die Berücksichtigung des Kriteriums «Verlässlichkeit des Preises». Da die Kommission dem Preisniveau-Kriterium nicht zugestimmt hat, lehnt eine Minderheit (SVP) den Gesetzesentwurf ab. Die nicht in der STGK vertretene AL beantragt zudem, dass der Regierungsrat die ausgearbeitete Verordnung dem Kantonsrat zur Genehmigung vorlegen muss.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Minderheit Geltungsbereich: Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Minderheit Transparenz: Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Minderheit Preis: Diego Bonato (SVP, Aesch), 079 339 18 78

Minderheit Verordnung: Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich), 077 252 06 10

Wanderhindernisse für Wildtiere sollen behoben werden

Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer wollte vom Regierungsrat in einem Bericht dargelegt erhalten, wie er die bedeutendsten künstlichen Wanderhindernisse für Wildtiere zu beheben plant und welche finanziellen Mittel dazu nötig sind. Laut Regierungsrat sind dazu zum einen bauliche Massnahmen wie Wildtierüber- oder -unterführungen in Wildtierkorridoren (WTK) erforderlich. Zum anderen sind auch grossräumige Vernetzungsprojekte (z. B. von Wald zu Wald) notwendig. Für die Planung und Umsetzung solcher Projekte sind beim Kanton 160 Stellenprozent sowie rund 46 Millionen Franken über einen Zeitraum von 25 Jahren erforderlich. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat zur Kenntnis genommen, dass für Bau- und Vernetzungsprojekte im Zuständigkeitsbereich des Kantons die erforderlichen Mittel im Budget sowie im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) eingestellt werden müssen, und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5795](#)).

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Wettbewerb mit ausserkantonalen Entsorgern spielt kaum

EVP-Kantonsrat Daniel Sommer wollte mit einem dringlichen Postulat vom Regierungsrat wissen, unter welchen Bedingungen ausserkantonale Standorte von Abfallanlagen festgesetzt und in der kantonalen Abfallplanung berücksichtigt werden. Die Regierung zeigte auf, dass eine ausserkantonale Abfallentsorgung für Zürcher Gebiete mit kurzen Transportwegen zu solchen Anlagen möglich ist, wenn sie zu keiner ökologischen Verschlechterung führt und eine interkantonale Vereinbarung über 20 Jahre abgeschlossen werden konnte. De facto spielt der erwünschte Wettbewerb der Anbieter für die Gemeinden unter diesen Bedingungen aber kaum. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat als erledigt abzuschreiben ([5779](#)).

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Postulate zur Gestaltung von Ortsdurchfahrten sollen abgeschrieben werden

Eine Kurzdebatte ist zur Abschreibung zweier Postulate zur Gestaltung von Ortsdurchfahrten geplant. Die KEVU beantragt einstimmig, die Vorstösse betreffend «Attraktive Ortskerne» von Altkantonsrat Philipp Kutter (Die Mitte) und «Gestaltung von Kantonsstrassen in Dorf- und Stadtzentren» von GLP-Kantonsrat Ronald Alder als erledigt abzuschreiben ([5627](#)). Mit dem ersten Postulat wurde verlangt, dass Ortsdurchfahrten die verschiedenen Bedürfnisse optimal erfüllen, ohne Einschränkungen der Verkehrskapazitäten. Mit dem zweiten Postulat wurde vom Kanton eine bessere Zusammenarbeit mit den Gemeinden und ihren Anliegen bei der Gestaltung von Ortsdurchfahrten verlangt. Die Kommission wurde über die neuen Standards im Strassenbau umfassend informiert, und es wurde versichert, die Gemeinden und ihre Bedürfnisse würden nun stärker berücksichtigt. Die Kommissionsmitglieder wollen die Entwicklung in der gelebten Praxis verfolgen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Motionen, Postulate und Interpellationen zu Bauthemen

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat bis zum Sitzungsende am Montagabend ein paar der zahlreichen traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen. Florian Meier, Kantonsrat der Grünen, hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit der stagnierenden CO₂-Reduktion im Strassenverkehr gestellt ([KR-Nr. 378/2020](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. FDP-Kantonsrat Martin Farner fordert mit Unterstützung von SVP, Mitte und EVP eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage, welche es den Gemeinden ermöglicht, in Ortsbildperimetern auf Stufe Nutzungsplanung geeignete Objekte bzw. Dachflächen oder Fassaden zu bezeichnen, auf welchen Solaranlagen zulässig sind ([KR-Nr. 429/2020](#)). Der

Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. AL-Kantonsrätin Judith Stofer bittet, unterstützt von FDP, GLP und Grünen, die Regierung zu prüfen, welche Möglichkeiten sich zur Unterstützung und Förderung der vom Aussterben bedrohten einheimischen Honigbiene realisieren lassen, um einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und Biodiversität zu leisten ([KR-Nr. 439/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. EVP-Kantonsrat Daniel Sommer möchte eine gesetzliche Grundlage, damit Parkplätze in Wohnhäusern mit Lade-Infrastrukturen mit intelligenten Systemen für elektrisch betriebene Fahrzeuge erschlossen werden ([KR-Nr. 459/2020](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung. Dasselbe gilt für das Postulat der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Diese lädt den Regierungsrat ein, zu prüfen, wie künftige kantonale Bauten, wenn immer möglich, aus Holz gebaut werden können ([KR-Nr. 33/2021](#)). Antrag auf Diskussion gestellt hat der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein. SP-Kantonsrat Andrew Katumba fordert mit Unterstützung von GLP und Grünen eine gesetzliche Grundlage, mit dem Ziel, wertvolle Bäume zu schützen und den Baumbestand im Siedlungsraum zu erhöhen ([KR-Nr. 60/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. GLP-Kantonsrat Gabriel Mäder hat dem Regierungsrat in einer von den Grünen unterstützten Interpellation unter dem Titel «Wenn Verdichtung zu Zersiedlung führt» verschiedene Fragen gestellt ([KR-Nr. 111/2021](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. SVP-Kantonsrat Christian Lucek möchte mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie er das Potenzial der Tiefengeothermie mit neuen Verfahren unterstützen will ([KR-Nr. 147/2021](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein den Vorstoss ablehnt, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion über eine Überweisung an die Regierung. Dasselbe gilt für das Postulat von Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin der Grünen. Sie bittet den Regierungsrat, unterstützt von SP, FDP, GLP, EVP und AL, alle kantonalen Subventionen, welche die Biodiversität schädigen, zu identifizieren und monetär zu quantifizieren ([KR-Nr. 154/2021](#)). Antrag auf Diskussion gestellt hat die SVP.

Florian Meier (Grüne, Winterthur), 079 332 39 46
Martin Farner (FDP, Stammheim), 079 470 09 84
Judith Stofer (AL, Zürich), 079 280 89 02
Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), 079 223 61 62
WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05
Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82
Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), 079 400 70 68
Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41
Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12